



Fraktionsantrag	Vorlage-Nr: VO/2021/950	
- öffentlich -	Datum: 14.07.2021	
Fachdienst Umwelt	Ansprechpartner/in: Wittl, Michael	
FB 2 Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen	Bearbeiter/in: Paetz, Helga	
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zu der Munitionsaltlastenproblematik in der Ostsee		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.08.2021	Umwelt- und Bauausschuss	Beratung

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Die CDU-Kreistagsfraktion stellt mit Datum vom 13.07.2021 den Antrag, dass der Umwelt- und Bauausschuss beantragen möge zu prüfen, inwieweit der Kreis zu einer Lösung beitragen kann, damit besonders der Ostseeraum im Kreis Rendsburg-Eckernförde zu einer nachhaltigen, wissenschaftlichen, technologischen und marktwirtschaftlich-wertschöpfenden Pilotregion werden kann, um der Altlastenproblematik der Munition im Meer entgegenzutreten.

In diesem Kontext gilt es zu beurteilen, inwieweit die lokalen Firmen der Kampfmittelbeseitigung bei der Einführung von neuen umweltschonenden Möglichkeiten der Kampfmittelbeseitigung zum Schutz der Meeresumwelt gefördert werden sollten / zu fördern sind.

Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

Anlage/n:

CDU-Fraktionsantrag

CDU-Kreistagsfraktion | Paradeplatz 10 | 24768 Rendsburg

An

- den Vorsitzenden des Umwelt- und Bauausschusses des Kreises Rendsburg-Eckernförde Reimer Tank (reimer.tank@freenet.de)
- Helga Paetz (Kreisverwaltung) z. K. (helga.paetz@kreis-rd.de; unb@kreis-rd.de)

13.07.2021

Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 19.08.2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die CDU-Kreistagsfraktion stellt folgenden Antrag für die Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 19. August 2021:

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Bauausschuss beantragt zu prüfen, inwieweit der Kreis zu einer Lösung beitragen kann, damit besonders der Ostseeraum im Kreis Rendsburg-Eckernförde zu einer nachhaltigen, wissenschaftlichen, technologischen und marktwirtschaftlich-wertschöpfenden Pilotregion werden kann, um der Altlastenproblematik der Munition im Meer entgegenzutreten.

In diesem Kontext gilt es zu beurteilen, inwieweit die lokalen Firmen der Kampfmittelbeseitigung bei der Einführung von neuen umweltschonenden Möglichkeiten der Kampfmittelbeseitigung zum Schutz der Meeresumwelt gefördert werden sollten / zu fördern sind.

Der Umwelt- und Bauausschuss stellt hierfür aus dem Ausschussbudget maximal 10.000 € zur Verfügung.

Begründung:

Rund 1,6 Mio. Tonnen Munitionsaltlasten liegen am Meeresgrund direkt vor den deutschen Küsten und bedrohen die Meeresumwelt und die Sicherheit der Menschen.

Umweltbelastungen entstehen durch die Korrosion der Munition und den Austritt des Sprengstoffs. Der Ruf nach Bergung und Beseitigung der gefährlichen Altlasten wird lauter. Das Risiko der Kampfmittelbelastung in der Ostsee besteht länderübergreifend, somit auch für alle Kreise mit Küstengebieten. Für die effektive Erarbeitung von Lösungsvorschlägen ist neben einer entsprechenden Zusammenarbeit der betroffenen Küstenländer auch eine

entsprechende Sensibilisierung und Beitragsleistung der Küstenkreisgebiete unabdingbar, also auch des Kreises Rendsburg-Eckernförde.

Es ist davon auszugehen, dass das Gefahrenbewusstsein der Bevölkerung steigen wird, wenn vermehrt Giftstoffe aus Beständen der Altmunition in Fisch- und Muschelbeständen sowie an den Stränden nachgewiesen werden. Dies mit erheblichen Auswirkungen auf maritime und touristische Industrie.

Mit neuen technischen Möglichkeiten können Munitionsaltlasten sicher vom Meeresboden entnommen und mithilfe einer Plattform oberhalb der Wasseroberfläche delaboriert werden.

Der Zustand der Nord- und Ostsee wirkt sich somit nicht nur auf die Tier- und Pflanzenwelt aus, sondern hat auch direkte und indirekte Effekte auf die Lebensgestaltung im Allgemeinen und den lokalen weißen Tourismus im Speziellen. Die Ostsee ist bereits heute aufgrund ihrer geografischen Lage ein halbgeschlossenes Meer mit langsamem Wasseraustausch und sehr geringer Selbstreinigungskapazität ernsthaft gefährdet. Umgehendes Handeln aller ist dringend geboten.

Für die CDU-Fraktion

Nikolaus Träuptmann